

## Kurz & bündig

### Job und Praktikum

Worauf sollte ich bei einem Praktikum achten? Was tun bei Problemen im Nebenjob? Informationen und Beratung zu solchen Fragen bietet das gewerkschaftliche Beratungsangebot Students at Work an vielen Hochschulen und im Internet. Mehr Informationen: [www.students-at-work.de](http://www.students-at-work.de)

### Gläserner Student?

Das hessische Wissenschaftsministerium will es ganz genau wissen. Die Hochschulen sollen die im Hochschulstatistikgesetz vorgesehenen Daten der Studierenden künftig nicht mehr nur jährlich anonymisiert und zusammengefasst nach Wiesbaden schicken. Wegen des neuen „Studien-guthabengesetzes“ (StuGuG) hat der Minister die Hochschulen angewiesen, jedes Semester zu allen Matrikelnummern zusätzlich z.B. die Regelstudienzeit und die Gebühr nach StuGuG zu übermitteln. Für „weitere Gebühren“ ist schon eine Leerstelle vorgesehen. So wäre es möglich, den Studienverlauf einzelner Studierender über die Jahre nachzuvollziehen und den Umgang der Hochschulen mit dem StuGuG zu vergleichen.

### Bachelor und Master

Was steckt hinter den neuen Studiengängen BA und MA? In einer Broschüre analysiert der Berliner Politologe Andreas Keller den Bologna-Prozess, in dem sich bisher 40 europäische Länder unter anderem zu einem zweistufigen Studiensystem verpflichtet haben. Er entlarvt dabei Mythen und geht auch den Chancen nach, die der Bologna-Prozess eröffnet. Zum Bestellen der GEW-Broschüre „Andreas Keller: Alma mater bolognaise. Perspektiven des Europäischen Hochschulraums im Rahmen des Bologna-Prozesses“ siehe Seite 4.

## Länder planen Studiengebühren: 2500 Euro für jedes Semester?

*Erste Bundesländer planen Studiengebühren ab dem ersten Semester. Möglich macht dies ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Im Gespräch sind Gebühren von 500 bis 2500 Euro je Semester. Die hessischen ASten rufen zu Protesten auf.*

Mit seiner Entscheidung zum Hochschulrahmengesetz am 26. Januar hat das Bundesverfassungsgericht den Ländern den Weg zur Einführung von Studiengebühren geebnet und das Gebot der Verfassten Studierendenschaft gekippt.

Schon vor der Urteilsverkündung hatten CDU-geführte Bundesländer angekündigt, Studiengebühren ab dem ersten Semester einführen zu wollen. Eine Woche nach dem Urteil protestierten bundesweit etwa 30.000 Studierende gegen die Gebührenpläne und für eine demokratische Hochschule. Der bundesweite studentische Dachverband fzs ruft zu weiteren Protesten auf.

In Hessen befürwortet die Landesregierung Studiengebühren ab dem ersten Semester. Allerdings stellt die Lan-



Eine Postkartenaktion von Erfurter Studierenden zeigt, dass Gebühren Bildungs-chancen ungerecht verteilen.

**STUDIENGEBÜHREN  
GEHEN ALLE AN!**

desverfassung ein mögliches Hindernis dar. Das dort festgeschriebene Gebührenverbot könnte dazu führen, dass die Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester juristisch nicht haltbar ist. Dies ist jedoch keineswegs sicher. Daher planen die Studierendenvertretungen auch in Hessen eine Informations- und Protestoffensive gegen Studiengebühren. Wie auch auf Bundesebene ist bei den hessischen ASten die Stoßrichtung klar: Studiengebühren sind ein gesamtgesellschaftliches und nicht rein bildungspolitisches Problem. Deshalb sollten Studierende gemeinsam mit Gewerkschaften, SchülerInnenvertretungen und anderen progressiven Kräften gegen den Bildungs- und Sozialkollaps sowie Entdemokratisierung mobil machen. Alexander Wagner, Uni Frankfurt



**STUDIENGEBÜHREN  
GEHEN ALLE AN!**

## Auf zum Gegengipfel nach Bergen!

Zu einem Gegengipfel zur Bologna-Nachfolgekonferenz der europäischen Bildungs- und WissenschaftsministerInnen vom 20. bis 22. Mai 2005 lädt ein breites Bündnis nach Bergen in Norwegen ein. Die beteiligten Organisationen streiten für freie, kritische und emanzipatorische Bildung

als grundlegende gesellschaftliche Ressource. Sie kritisieren, dass die europäischen Regierungen den WTO-Vereinbarungen folgen und Bildung damit den Bedingungen des Marktes unterwerfen. Das internationale Dienstleistungsabkommen (GATS) treibt die Kommerzialisierung des europäischen

Bildungssektors voran. Weitere Informationen über die UnterstützerInnen, den Aufruf und den Gegengipfel gibt es unter: <http://www.EEF2005.org>. Wer in Bergen Workshops anbieten möchte, kann diese ab sofort anmelden: [info@eef2003.org](mailto:info@eef2003.org). Sebastian Lenth, Uni Kassel

## Demokratie statt Entmündigung Erfolg der Studierenden

*Mit hoher Wahlbeteiligung zu den Studierendenparlamenten haben die Studierenden in Hessen die Handlungsfähigkeit Ihrer ASten vorerst gesichert. Die Landesregierung hatte eine Koppelung von Wahlbeteiligung und Etat durchgesetzt. Das Bundesverfassungsgericht ermöglichte unterdessen neue Angriffe auf die Studierendenschaften.*

In Hessen ist der Versuch der CDU-Landesregierung, die studentische Interessensvertretung lahm zu legen, vorerst gescheitert. Mit dem neuen Hessischen Hochschulgesetz (HHG) koppelte das Land die finanziellen Mittel der Verfassten Studierendenschaft an eine Beteiligung von mindestens 25 Prozent bei den Wahlen zum Studierendenparlament. Zudem soll der Senat nun die Entscheidung

fällen, wie sich Studierende zu organisieren haben. Damit schränkte die CDU-Regierung die Kompetenzen der Studierenden massiv ein und zeigte ein fragwürdiges Demokratieverständnis. Das Konzept ging allerdings nicht auf. Bei den Wahlen an bisher neun Hochschulen wurde die 25 % Hürde bei allen erreicht und zum Teil deutlich überschritten. Damit setzten Studierende ein Zeichen für linke und

fortschrittliche Politik, die sich für ein soziales und demokratisches Bildungssystem einsetzt.

Auch die meist nur als Urteil zu Studiengebühren wahrgenommene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) im Januar hat Folgen für die studentische Interessenvertretung. Dabei ging es um die 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) – und die Befugnisse von Bund und Ländern. Die Karlsruher Richter sprachen den Ländern vor allem zwei wesentliche Kompetenzen zu: Sie dürfen künftig allein über allgemeine Studiengebühren und über das Ob und Wie von Verfassten Studierendenschaften entscheiden. Nun ist den Ländern sogar die Abschaffung der studentischen Selbstverwaltung möglich, die das HRG bisher ausschloss.

Katharina Volk, Uni Gießen, Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit

### Kurz & bündig

#### Lange Nacht der Bildung

Am Freitag den 29. April startet um 18 Uhr die lange Nacht der Bildung in der Marburger Mensa. SchülerInnen, Azubis und Studierende sind dort eingeladen sich mit Gegenwart und Zukunft der Bildung an den verschiedenen Lernorten auseinander zu setzen. Nach Comedy, Workshops und Diskussionen locken Lounge und Party mit open end. Die Veranstaltung wird u.a. getragen von den ASten Marburg und Gießen, der Landesschülervertretung und der GEW. Weitere Informationen und Anmeldung über: [Jugendbuero-mittelhessen@dgb.de](mailto:Jugendbuero-mittelhessen@dgb.de)



Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts demonstrierten am 10. Februar 10.000 Studierende allein in Hamburg.

## Hiwis als Forschungsobjekt

*Vor den anstehenden Tarifverhandlungen hat eine Studie im Auftrag der GEW die Arbeitsbedingungen von studentischen Hilfskräften in Marburg erhoben. Die sind nicht gut.*

Wer sind und was wollen studentische Hilfskräfte? Diese Überschrift stand über dem Fragebogen, den im Sommer 2004 alle 750 studentischen Hilfskräfte der Marburger Uni erhielten. Mit acht Seiten Fragen zu Sozialstruktur, Tätigkeiten, Beschäftigungsverhältnissen und Motivation ist die Studie die erste, die studentische Beschäftigte umfassend untersucht. Über 20 Prozent der Fragebögen kamen zurück – aus nahezu allen Fachbereichen. Laut der Befragung sind die Arbeitsbedingungen der Hilfskräfte geprägt von Kettenverträgen statt sicherer Beschäftigung. Mehr als die Hälfte der Verträge läuft über maximal 4 Monate. Die monatliche Stundenzahl ist für 43 Prozent der Hilfskräfte kleiner als 26 Stunden, wovon bei einem Stunden-

lohn von 8,02 Euro kein Lebensunterhalt zu bestreiten ist. Die Auswertung macht deutlich: Mit dem Vorwand der Qualifizierung studentischer Beschäftigter werden prekäre Arbeitsverhältnisse legitimiert. Weiter weist die Studie Selektion aufgrund der sozialen Herkunft nach: ArbeiterInnenkinder sind bei „Hiwis“ deutlich unterrepräsentiert.

Die GEW wird die Studie in Kürze als Broschüre veröffentlichen (Bestellmöglichkeit auf S. 4). Die Ergebnisse der Studie sollen in die gewerkschaftliche Diskussion zu den anstehenden Verhandlungen über einen Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst einfließen.

Ada-Charlotte Regelmann, Uni Marburg

### Impressum

Die GEW-Hochschulzeitung wird herausgegeben von der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt.

An dieser Ausgabe mitgewirkt haben: Ada-Charlotte Regelmann, Alexander Wagner, Carmen Ludwig, Jonas Baumann (Layout), Niels Holger Schmidt, Katharina Volk, Sebastian Lenth, Sibylle Hartzheim und Tjark Sauer.

Bilder: ABS, Indymedia, Jonas Baumann.

Druck: Druckkollektiv Gießen, Auflage 10.000.

V.i.S.d.P.: Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg.

## Gemeinsam gegen Gebühren

Ein „Summer of Resistance“ soll die Einführung von Studiengebühren verhindern. Die ASten mobilisieren zu den gewerkschaftlichen 1.Mai-Kundgebungen. Diese sollen in den meisten Städten der Auftakt für Informations- und Protestwochen sein.

Weil Studiengebühren drohen und die Verfasste Studierendenschaft gefährdet ist, sind für das Sommersemester 2005 bundesweit Proteste geplant. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen Studierendenvertretungen am 1. Mai vielerorts auf die Straße gehen, um gegen Bildungs- und Sozialkahl-schlag zu demonstrieren. In einigen Städten entstehen Jugendbündnisse aus Studierenden, SchülerInnen und ArbeitnehmerInnen. Im Vorfeld der Landtagswahlen wollen Studierende in Nordrheinwestfalen Mitte Mai zu einer zentralen Demonstration aufrufen. In Norddeutschland und Süddeutschland sind bisher große Demonstrationen für Anfang Juni geplant. An vielen Hochschulen sollen zum Semesteranfang Informationskampagnen zu Stu-

diengebühren laufen und in den ersten beiden Maiwochen Protestaktionen stattfinden. Auch über die Durchführung von Streiks wird an einigen Hochschulen diskutiert. In vielen Ländern vernetzen sich Studierendenvertretungen, SchülerInnenvertretungen und Gewerkschaften im Rahmen regionaler Aktionsbündnisse gegen Studiengebühren.

Wenn Du Interesse hast, dich an Protesten zu beteiligen und aktiv zu werden gegen Studiengebühren und für die Demokratisierung der Hochschulen, wende Dich an deinen AStA oder Deine GEW-Studierendengruppe! Weitere Informationen zu Studiengebühren und Protesten dagegen findest du unter anderem beim freien Zusammenschluss der StudentInnen-schaften

## „Kind besteigt den Brunnenrand“ Länder ohne einheitliche Linie

Das Bundesverfassungsgericht hat am 26. Januar das Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz aufgehoben. Über die Auswirkungen des Urteils sprach Niels Holger Schmidt mit Prof. Dr. Erhard Denninger. Der Frankfurter Staatsrechtslehrer hatte die Bundesregierung bei dem Prozess in Karlsruhe vertreten.

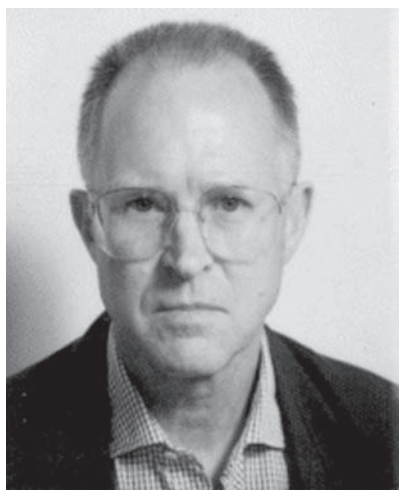
*Das Urteil läuft darauf hinaus, dass der Bund Regelungen für Hochschulen nur erlassen darf, wenn sich erheblich unterschiedliche Lebensverhältnisse im Bundesgebiet ergeben. Muss man künftig warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist?*

Auf diese Formel habe ich es gebracht. Das ist keine ganz neue Devise, sondern die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, besonderes des 2. Senats, seit der Grundgesetzänderung 1994. Danach ist die Formel maßgebend, dass der Bund Gesetze nur noch machen darf, wenn das erforderlich ist, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik sicher zu stellen. Das wird so ausgelegt, dass sich eine erhebliche Beeinträchtigung des Sozialgefüges konkret abzeichnen oder eingetreten sein muss. Beides konnte das Gericht naturgemäß nicht feststellen, weil das Kind ja noch nicht in den Brunnen gefallen ist, sondern – um im Bilde zu bleiben – den Brunnenrand erst besteigt.

*Das Gericht behauptet, 500 Euro*

*Gebühren seien im Hinblick auf die Studienkosten von untergeordneter Bedeutung. Wie beurteilen Sie diese Einschätzung des Gerichts?*

Es ist eine Frage, wie man mit statistischen Daten umgeht. Ich habe im Verfahren Daten vorgelegt, die belegen, dass die Entscheidung über das



Prof. Dr. Erhard Denninger

## Demnächst vor jedem Hörsaal:



[www.fzs-online.de](http://www.fzs-online.de) und dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren [www.abs-bund.de](http://www.abs-bund.de).

Alexander Wagner, Uni Frankfurt

Studium sehr wohl von der Gebührenfreiheit abhängt und dass Studiengebühren zusammen mit den Lebenshaltungskosten für einen potentiellen Studenten von größter Bedeutung sind für seinen Entschluss für oder gegen ein Studium, sowie für eventuelle Wanderungsbewegungen. Das hat dem Gericht nicht genügt.

*Einige Länder wie Hamburg haben schon angedeutet, dass sie eine „Landeskinderregelung“ erlassen wollen, andere wie NRW erwägen einen flächendeckenden Numerus Clausus (NC). Wie bewerten Sie das?*

Man wird genau prüfen müssen, inwieweit NC- und Landeskinder-Bonus-Regelungen verfassungsrechtlich überhaupt zulässig sind. Sie enthalten ein erhebliches verfassungsrechtliches Risiko. Das Bundesverfassungsgericht hat schon in den siebziger Jahren in seinen NC-Urteilen die besondere Bedeutung der Chancengleichheit festgestellt.

*Was ist nach dem Urteil an Regelungen noch möglich?*

Das Gericht hat den Ländern ja bestimmte Auflagen gemacht. Sie müssen dafür sorgen, dass soziale Hindernisse ausgeräumt werden. Ich denke, hier müssten sich nicht nur die einzelnen Länder von Fall zu Fall verständigen, sondern auch auf längere Sicht die Länder mit dem Bund. Das könnte in einem Staatsvertrag geschehen. Im Moment sieht es jedoch so aus, als seien sie weit von einer einheitlichen Linie entfernt.

## Wissenschaft & Kritik: Vorträge zu Bildung und Gesellschaft

Mit dem Titel „Wissenschaft & Kritik“ startet im April eine Vorlesungsreihe, mit der GEW-Studierende „kritische Beiträge zu Bildung und Gesellschaft“ nach Marburg, Gießen und Frankfurt holen. Hier eine Übersicht der fünf Veranstaltungen.

Am 26. April 2005 referiert Alex Demirovic in Marburg zum Thema „Gesellschaftskritik heute“. Dabei geht es um Möglichkeiten und Perspektiven für Gesellschaftskritik angesichts mas-

siver Umstrukturierungen der Hochschulen.

Am 10. Mai, um 18 Uhr spricht Maja Suderland in Gießen in der Alten UB zum Thema „Ist das ein Mensch? Erfahrungen in der sozialen Welt der nationalsozialistischen Konzentrationslager“. Sie arbeitet die wichtige Rolle heraus, die Bildung als eine letzte Möglichkeit der Selbstvergewisserung, der Identität und der Würde für Häftlinge in Konzentrationslagern gewann.

Die dritte Veranstaltung findet voraussichtlich im Mai zum Thema „Erziehung nach Auschwitz“ statt. Veranstaltungsort ist Marburg. Dabei soll der erziehungswissenschaftliche Ansatz der kritischen Theorie insbesondere in Bezug auf seine heutige Relevanz dis-

kutiert werden.

Am 23. Juni findet in Frankfurt ein naturwissenschaftlicher Vortrag zum Thema „Wie kommt das Geschlecht ins Gehirn?“ statt. Die Referentin, Sigrid Schmitz, beleuchtet Geschlechtsunterschiede, indem sie theoretisch und methodisch Kritikpunkte an aktuellen Hirnforschungsansätzen aufzeigt.

Die aktuelle auch hochschulpolitische Debatte über Eliten hat in erster Linie gesellschaftspolitische Funktionen, die Morus Markard von der FU Berlin am 29. Juni in Gießen kritisch analysieren will. Der Vertreter der kritischen Psychologie referiert um 19 Uhr zum Thema „Elite, Begabung und Leistung: Zur Legitimation sozialer Ungleichheit“.

Die Vorlesungsreihe wird vom Landesausschuss der Studierenden der GEW Hessen (LASS) gemeinsam mit den ASten der Unis Frankfurt, Marburg und Gießen sowie den Giessener StipendiatInnen der Hans-Böckler-Stiftung organisiert. Das aktuelle Programm ist zu finden über [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Meine Gewerkschaft > Veranstaltungen.

Sibylle Hartzheim, Uni Gießen



### Dein Kontakt zur GEW

Willst Du Broschüren abgreifen (z.B. „Jobben und Studium“, zu Lehramt oder Hochschulpolitik), Fragen oder Kommentare loswerden oder bei uns mitmachen? Die GEW Ansprechpartner helfen gerne weiter.

#### Marburg

Niko Huke, c/o GEW-Hochschulbüro, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Tel: 06421/95 23 95, Fax: 06421/95 23 96, Mail: [nikohuke@yahoo.de](mailto:nikohuke@yahoo.de)

#### Kassel

Hans-Georg Klindt, GEW Nordhessen, Friedrich-Engels-Straße 26, 34117 Kassel, Tel: 0561/77 17 83, Fax: 0561/77 62 83, Mail: [Hans-Georg.Klindt@gew-nordhessen.de](mailto:Hans-Georg.Klindt@gew-nordhessen.de)

#### Frankfurt

GEW Studierendengruppe: c/o Teresa Goepel, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Fax: 069/97 12 93 93, Mail: [Teresa.Goepel@gmx.de](mailto:Teresa.Goepel@gmx.de) Web: <http://www.gew-uniffm.de>

#### Gießen

Sibylle Hartzheim, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behagel-Straße 23-27, 35394 Gießen, Fax: 0641/47 113, Mail: [sibylle.hartzheim@epost.de](mailto:sibylle.hartzheim@epost.de)

## Kupon

### Ich möchte weitere Informationen

- über die GEW-Positionen
  - zu studentischen Hilfskräften
  - zur Promotionsphase
  - zu wissenschaftlichen Beschäftigten
- über „Jobben und Studium“
- zum Bologna-Prozess (Siehe Seite 1)
- zur Hilfskräfte-Studie in Marburg (Siehe Seite 2)
- über die Vortragsreihe „Wissenschaft & Kritik“ (Diese Seite)
- zur Studierenden-Mitgliedschaft in der GEW
- ein Probeheft (Studieren in Hessen) unserer Mitgliederzeitung

### Meine Anschrift:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

### Bitte schicken an:

GEW Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt  
Fax: 069/97 12 93 93  
Mail: [info@hessen.gew.de](mailto:info@hessen.gew.de)

